

Etwa die Hälfte Afghanistans wird heute von radikal-islamischen Taliban kontrolliert. Wie die Bundesregierung einräumt, könnten heimische Sicherheitskräfte ohne die Nato kaum das für die Aufbauarbeit erforderliche Maß an Sicherheit gewährleisten. So heißt es in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag: Vor allem in Provinzhauptstädten wie Masar-e-Scharif trage die internationale Militärpräsenz dazu bei, dass afghanische Kräfte dem zivilen Aufbau und Entwicklungsprojekten „Zeit und Raum“ geben können.

Ein einseitiger Abzug der USA würde auch den Fortbestand des deutschen Bundeswehrkontingents in den nördlichen Provinzen infrage stellen; dort konzentrieren sich neben Kabul die meisten deutschen Projekte. Für deutsche Organisationen betreibt die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein Risikomanagementsystem (RMO), um so gut es geht weiterarbeiten zu können. Es liefert kontinuierlich Lagebewertungen, organisiert Transporte und gibt bekannt, welche Hotels, Supermärkte oder Gaststätten als sicher gelten.

Das örtliche Bundeswehrcamp dient als sichere Basis

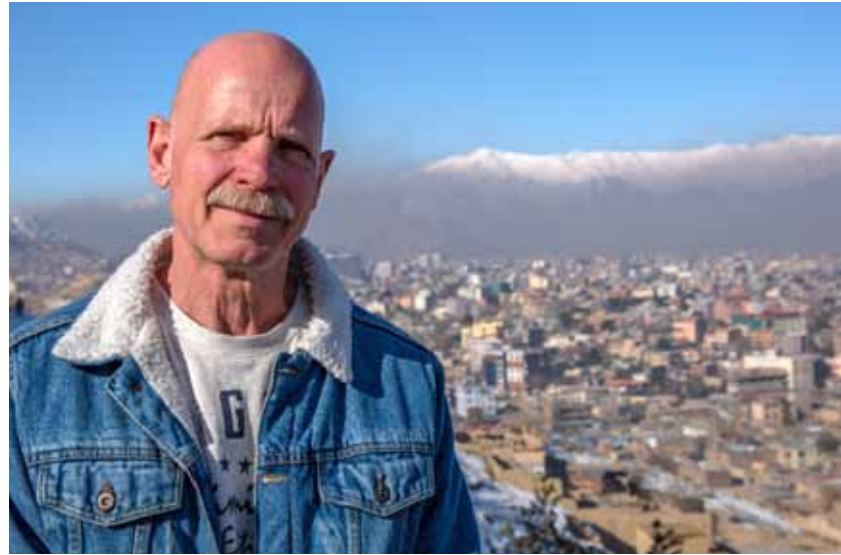
Die wenigen noch entsandten deutschen Mitarbeiter pendeln zwischen Kabul und dem von der Bundeswehr mitbetriebenen Flughafen Masar-e-Scharif. Der Flughafen sei ein „wichtiger Brückenkopf für die zivile logistische Unterstützung der Region“, so die Bundesregierung, „was auch der Entwicklungszusammenarbeit zugute kommt“. Zudem biete das örtliche Bundeswehrcamp eine sichere Ba-

sis und Unterkunft für Mitarbeiter der Durchführungsorganisationen.

Wegen der fragilen Sicherheitslage arbeiten sowohl die GIZ als auch die KfW-Entwicklungsbank zunehmend mit afghanischen Fachkräften und Beratern. Um Baufortschritte von Projekten zu bewerten, behelfen sie sich per „Fernüberwachung“ mit Fotos, Videos oder auch Satellitenbildern, führt die Bundesregierung weiter aus. Ergänzend kooperiere die GIZ mit Partnerorganisationen, die sich im Land bewegen und die Umsetzung von Projekten dokumentieren könnten.

Ein solcher Partner ist die Deutsche Welthungerhilfe. Die Hilfsorganisation setzt in Afghanistan mit vier internationalen und 200 einheimischen Mitarbeitern insgesamt 13 Vorhaben um, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder der Arbeit mit Binnenflüchtlingen. Dafür erhält sie vom Bund jährlich fünf bis sieben Millionen Euro; Auftraggeber sind außerdem die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und das Welternährungsprogramm.

Die Sicherheit und die humanitäre Lage der Menschen verschlechtere sich, sagt Welthungerhilfe-Generalsekretär Mathias Mogge. „Die Regionen, in denen wir überhaupt tätig sein können, verkleinern sich.“ Die Arbeit müsse sich ständig anpassen, ergänzt Thomas ten Boer, Afghanistan-Landesdirektor der Welthungerhilfe. So müsse mitunter mit Dorfältesten verhandelt werden, um „Steuern“ an die Taliban zu umgehen oder erfolgreiche Projekte fortsetzen zu können. Das funktioniere weitgehend, weil Mitarbeiter über persönliche Kontakte in den Gemeinden verfügten – al-



Einer der wenigen ausländischen Helfer, die noch vor Ort sind: Thomas ten Boer, der Afghanistan-Landesdirektor der Deutschen Welthungerhilfe.

GLINSKI/WELTHUNGERHILFE

lerdings nur in Gebieten unter Regierungskontrolle. Die Diskussion um einen Truppenabzug bereitet ten Boer daher Sorge. „Im Oktober konnte sich niemand vorstellen, dass die USA an einen Abzug denken, im November wurde das plötzlich zum großen Thema.“ Jetzt wisse niemand, was morgen geschehe.

Auch Till Mansmann, FDP-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sorgt sich um die Zukunft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan. Im Bundestag schwinde die Unterstützung für den Bundeswehreininsatz über kurz oder lang. „Wir müssen uns mit Hochdruck darauf konzentrieren, wie es nach einem Abzug weiterginge“, sagt Mansmann. „Dafür müssen echte Ausstiegsszenari-

en auf den Tisch.“ Auch Uwe Kekeritz, entwicklungspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, kritisiert die „Lähmung in Auswärtigem Amt und Entwicklungsministerium“. Man halte am Status quo fest, obwohl sich die Lage vor Ort und global völlig verändere.

Außenminister Heiko Maas (SPD) hat im Bundestag dafür geworben, das Bundeswehrmandat zu verlängern. Gerade zu Beginn des von Washington mit den Taliban angestoßenen Friedensprozesses komme es darauf an, der afghanischen Regierung den Rücken zu stärken. Wolle man verhindern, „dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit unter die Räder kommen, dann ist die Fortsetzung unseres diplomatischen, zivilen und militärischen Engagements entscheidend“, so Maas. **Marina Zapf**

BRÜSSEL

Tauziehen um die Europäische Investitionsbank

Zur Debatte steht die entwicklungspolitische Rolle des Luxemburger Finanzinstituts

Ihr Schwerpunkt liegt in Europa, doch die Europäische Investitionsbank (EIB) fördert auch in Ländern des Südens Projekte. Möglich ist

das, weil die EU sie mit milliardenschweren Garantien gegen Zahlungsausfälle versichert. Doch diese Garantien stehen jetzt infrage.

EIB-Präsident Werner Hoyer machte es im Januar einmal mehr klar: „Wir stehen bereit, mehr zu tun“, sagte der Deutsche mit Blick

auf die Aktivitäten der Bank außerhalb der EU. Dort betrug das Geschäftsvolumen 2018 gut acht Milliarden Euro. Das sind rund 12,5

Prozent des EIB-Gesamtvolumens, denn die Hauptaufgabe der 1958 gegründeten Bank liegt in der Förderung des EU-Binnenmarktes. Lediglich daneben kann die EIB gemäß Lissabon-Vertrag der Entwicklungspolitik dienen.

Anders als die EU-Kommission, die vor allem Zuschüsse vergibt, arbeitet die EIB dabei mit Darlehen für öffentliche sowie für private Stellen. So hilft die EIB etwa in Sri Lankas Hauptstadt Colombo mit einem Darlehen von 50 Millionen Euro bei der Verbesserung der Sanitärversorgung. In Marokko wurde ein 70-Millionen-Kredit für den Bau eines energieeffizienten Universitätscampus zugesagt.

Um die Bank gegen Ausfälle zu schützen – in den letzten Jahren hat etwa Syrien Darlehen nicht zurückbezahlt –, haben EU-Kommission, Europaparlament und Ministerrat zwei Sicherungsinstrumente eingerichtet, die aus Haushaltsmitteln gespeist werden. Diese Garantien erlaubten es der EIB überhaupt erst, außerhalb der EU zu arbeiten, heißt es aus gut informierten Kreisen.

Entsprechend überrascht war man in der Bank vergangenen Juni, als die EU-Kommission ihre Pläne für das auswärtige Handeln

der Union von 2021 bis 2027 vorstellte. Im Entwurf des Finanzinstruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) ist von den EIB-Garantien nämlich keine Rede mehr. Stattdessen würde eine neue „Garantie für Außenmaßnahmen“ von 60 Milliarden Euro eingeführt. Um daraus Deckung zu erhalten, müsste sich die EIB jeweils wie andere Finanzierungsinstitutionen bewerben. Der Europaabgeordnete Cristian Dan Preda (EVP-Fraktion, Rumänien) erklärt, diese offene Struktur der Garantie solle „zu gleichen Wettbewerbsbedingungen“ für Entwicklungsbanken führen.

Pro und Kontra eigene Garantien für die EIB

In den gut informierten Kreisen sieht man das genau umgekehrt. Gleiche Ausgangsbedingungen herrschten erst dann, wenn die EIB exklusive EU-Garantien erhalte. Denn nationale Entwicklungsbanken wie die niederländische FMO und die deutsche KfW profitierten bereits von nationalen Garantien. Das Hauptargument von Befürwortern eigener EIB-Garantien sind das Können und die Geschichte der Bank, die schon seit

über 50 Jahren verlässlich die Politik der EU in Afrika und anderswo in der Welt flankiere. Auch im Parlament wird das nicht übersehen. Preda hält zwar die offene Garantie generell für nötig. Zugleich würdigt er aber „die Erfahrung und den positiven Beitrag“ der EIB zur Entwicklungspolitik. Er hat sich deshalb dafür eingesetzt, einen Teil der offenen Garantie wiederum für die EIB zu reservieren.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die die Anteilseigner der EIB sind, sind vom geplanten Radikalumbau offenbar ebenfalls nicht überzeugt. Sie fordern von Kommission und EIB, sich in bilateralen Verhandlungen zu einigen. Diese Gespräche dauern hinter verschlossenen Türen an. Die Kommission sagt dazu nur, es gehe darum, wie man im Außenbereich künftig „am besten zusammenarbeitet“. „Die Kommission erkennt die wichtige Rolle der EIB in diesem Bereich an und wiederholt ihr Ziel einer künftigen Partnerschaft“, erklärt eine Sprecherin. Aus den informierten Kreisen heißt es, es habe „einen gewaltigen Fortschritt“ gegeben, die EIB in die entwicklungspolitischen Aufgaben des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens einzubinden.

San Bilal vom European Centre for Develo­pment Policy Management (ECDPM) hingegen spricht mit Blick auf den NDICI-Entwurf von einer „unvertretbaren Ungewissheit“ für die Bank. Er hält es für möglich, dass die EIB in Zukunft weniger Aufgaben und Aufmerksamkeit für ihre Aktivitäten außerhalb der EU hat.

Doch selbst wenn der Status quo erhalten würde, entspräche das nicht Werner Hoyers Willen zu mehr Engagement. Der EIB-Präsident hatte bereits im November 2017 die Idee einer EIB-Tochter für Entwicklungsländer ins Spiel gebracht, die dann wegen der Brexit-Turbulenzen auf Eis gelegt wurde. Diese könnte mehr tun und damit die Sichtbarkeit und den Einfluss der EU in aller Welt erhöhen, sagen Befürworter dieser Idee. Sie könnte zudem der verbreiteten Kritik entgegenwirken, dass die EIB in Entwicklungsländern zu risikoscheu agiere. Laut dieser Kritik achten die EIB-Banker mehr auf die sichere Rückzahlung von Krediten als auf den entwicklungspolitischen Nutzen.

Die EIB will eine Tochter für Entwicklungsfinanzierung

Die Bank akzeptiert diese Kritik zum Teil – und erklärt die Risikoscheu mit der von den Mitgliedstaaten verantworteten Struktur des Geldinstituts. „Wenn wir mehr für die Entwicklung tun sollen, dann müssen wir die Bank für diesen Zweck fit machen“, heißt es. Mit anderen Worten: In einer Tochter für Entwicklungsfinanzierung könnten eigene Leitlinien für Entwicklungsländer gelten und im Verwaltungsrat die Entwicklungsressorts statt der Finanzministerien den Ton angeben.

Xavier Sol, Direktor des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Counter Balance, überzeugen solche Überlegungen nur halb. Ihm zufolge ist nicht nur der Nutzen von EIB-Projekten zu klein, er beklagt auch Menschenrechtsverletzungen, die mit von der EIB kofinanzierten Projekten einhergingen. Eine ähnliche Kritik trifft auch andere öffentliche Entwicklungsbanken. Für Counter Balance geht es bei der künftigen EU-Finanzarchitektur deshalb um



Der Hauptsitz der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg.

PICTURE ALLIANCE/ DPA

mehr Rechenschaftspflichten für Banken überhaupt, die von EU-Garantien profitieren.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion um die EIB ist ihre Rolle bei der Risikobewertung von Projekten, für die auch andere Banken schon jetzt EU-Garantien erhalten können. Derzeit sitzt die EIB der da-

mit betrauten Technischen Gruppe zur Garantiebewertung (G-TAG) vor. Nach den bisherigen Plänen der EU-Kommission für 2021 bis 2027 würde eine ähnliche Gruppe die Risikobewertung für die 60-Milliarden-Garantie übernehmen, aber unter ihrem eigenen Vorsitz. Befürworter dieser Änderung argumen-

tieren, die EIB könnte gegenüber potenziellen Mitbewerbern in Interessenkonflikte geraten. Kritiker hingegen sagen, die Einschätzung der EIB beschränke sich auf Bankfragen, und am Ende entscheide ohnehin die Kommission.

Zudem wird die Expertise der Bank ins Feld geführt – und ein Zi-

tat von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, der die Arbeitsteilung der beiden EU-Institutionen einmal so auf den Punkt gebracht hat: „Die Kommission ist keine Bank. Die EIB ist keine Kommission. Deshalb müssen beide *mano in mano* zusammenarbeiten.“

Phillipp Saure

SCHWEIZ

Kein Geld mehr aus Brüssel

Böse Überraschung für Schweizer Hilfsorganisationen

Das war kein Geschenk: Kurz vor Weihnachten hat die Europäische Kommission zehn Schweizer Hilfsorganisationen informiert, dass sie ab Januar keine EU-Gelder mehr erhalten. Die Organisationen vermuten politische Beweggründe, die EU-Kommission weist das zurück.

Mit dieser Entscheidung aus Brüssel, die Anfang Februar bekannt wurde, verlieren die Schweizer Hilfsorganisationen (NGOs) jährlich rund 50 Millionen Euro für humanitäre Projekte. Die Organisationen wussten zwar, dass die EU eine Überprüfung eingeleitet hatte. Sie haben aber nicht mit einem derart kurzfristigen und drastischen Beschluss gerechnet. Es sei ein Schock gewesen, sagt Felix Gnehm, Direktor des Hilfswerks Solidar Suisse. „Uns fällt ein wichtiger Geldgeber weg, der auch für gute Qualität steht.“

Die EU begründet ihre Entscheidung damit, eine eingehende Prüfung habe ergeben, dass es keine rechtliche Grundlage für die Finanzierung von Organisationen aus Drittstaaten gebe. Schweizer NGOs zweifeln jedoch an dieser Auslegung. Gemäß ihren Quellen in Brüssel sei sich die EU-Verwaltung nicht einig gewesen. Die für humanitäre Hilfe zuständige Generaldirektion wolle weiter mit den Schweizer Organisationen arbeiten. Der juristische Dienst der Europäischen Kommission habe aber auf der Entscheidung beharrt.

Die Schweizer Hilfsorganisationen vermuten indes, dass der



Ein Bildungsprojekt der Caritas Schweiz für syrische Kinder im Libanon. Die Organisation wird es künftig schwerer haben, an Fördergelder der Europäischen Union zu kommen.

ALEXANDRA WEY/CARITAS SCHWEIZ

Beschluss mit dem Brexit zusammenhängt. Mark Herkenrath, Geschäftsleiter von Alliance Sud, sagte in einem Radiointerview, weil britische Hilfsorganisationen nach dem Brexit keinen Zugang mehr zu EU-Geldern haben sollen, wolle die EU ein Zeichen setzen, dass NGOs aus anderen Ländern außer-

halb der EU gleich behandelt werden. „Humanitäre Entwicklungsorganisationen der Schweiz, die gute Arbeit leisten, werden bestraft für politische Ränkespiele“, sagte Herkenrath. Aus Kreisen der Europäischen Kommission lässt sich diese Sichtweise jedoch nicht bestätigen. Die Entscheidung sei juris-

tisch begründet, nicht politisch, heißt es dort.

Den Schweizer NGOs bleibt die Option, sich als „Implementing Partner“, also als Durchführungspartner, auf Mandate zu bewerben, sagt Felix Gnehm von Solidar Suisse. Die Projektführung müsste jedoch eine Organisation

Zehn Schweizer Organisationen betroffen

Organisationen aus europäischen Staaten, die nicht zur EU gehören, konnten sich bisher bei der EU registrieren und akkreditieren lassen, um fünfjährige Partnerschaftsabkommen mit der EU zu schließen, sogenannte Framework Partnership Agreements (FPA). Das hat es den NGOs aus der Schweiz ermöglicht, sich auf von der EU finanzierte Projekte der humanitären Hilfe zu bewerben. Die laufenden FPAs waren kurz vor der Entscheidung aus Brüssel noch bis Ende 2020 verlängert worden; jetzt wurden sie vorzeitig Ende 2018 beendet.

Die zehn betroffenen Organisationen sind Caritas Schweiz, Schweizer Stiftung für Minenräumung, International Catholic Migration Commission, Geneva Call, der Lutherische Weltbund, Medair Schweiz, Ärzte ohne Grenzen Schweiz, Solidar Suisse, Terre des Hommes Schweiz und World Vision Schweiz. Bereits laufende Projekte sind von der Entscheidung nicht betroffen. Ausgenommen sind außerdem das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften, beide mit Sitz in Genf. (cst)

aus einem EU-Land übernehmen; die Schweizer NGOs wären nicht mehr in der privilegierten Position, die sie in bisherigen Partnerschaften mit der EU hatten (siehe Kasten). Bereits vor der Entscheidung aus Brüssel hatte Solidar Suisse zusammen mit dem Welternährungsprogramm und PLAN Schweden ein Projekt zur Förderung eingereicht. Caritas Schweiz hatte ein Projekt

schon relativ weit entwickelt, als der Brief aus Brüssel eintraf. Für das Vorhaben kann die Organisation nun über einen Partner aus der EU Fördermittel dafür beantragen.

Im Rahmen der bisherigen Partnerschaft mit der Europäischen Union seit 2010 hat Solidar Suisse 3,7 Millionen Schweizer Franken für sieben Projekte bewilligt bekommen, etwa für den Wie-

deraufbau nach Katastrophen und Bürgerkriegen und für die Katastrophenvorsorge. Caritas Schweiz hat 2011 erstmals ein Rahmenabkommen mit der EU abgeschlossen. Für ein Ende 2018 abgeschlossenes Projekt zur Katastrophenvorsorge in Tadschikistan hat die Organisation 500.000 Euro erhalten, für ein laufendes Bildungsprojekt in Syrien 1,2 Millionen Euro.

Die Schweizer Botschaft in Brüssel ist im Kontakt mit der EU, das Auswärtige Departement betont aber, die beiden Vertragsparteien müssten in erster Linie selbst nach einer Lösung suchen. Die Finanzierungslücke der NGOs könne nicht von der Schweizer Regierung geschlossen werden.

Die Hilfsorganisationen erwarten vom Auswärtigen Departement hingegen, „dass man sich für uns bei der EU einsetzt“, sagt Caritas Kommunikationschef Stephan Gribi. Denn immerhin erhielten auch europäische NGOs Projektgelder aus der Schweiz. Laut dem Auswärtigen Departement haben Organisationen aus elf EU-Ländern in den vergangenen fünf Jahren jährlich rund 18 Millionen Schweizer Franken für humanitäre Hilfsprojekte erhalten. Die Schweizer Hilfsorganisationen müssten sich weiter auf das „Recht auf Gegenseitigkeit“ berufen können, sagt Gribi. Die Schweizer Entwicklungsagentur DEZA schreibe Projekte international aus. „Das ist ein Wettbewerb, der in beiden Richtungen funktionieren muss.“

Christina Stucky

SCHWEIZ — KURZ NOTIERT

Ein neuer Bericht der Stiftung Brot für alle zeigt, wie zwei Plantagenfirmen in Liberia über Jahre Hunderte von Kleinbauern von ihrem Land vertrieben haben. Die Plantagenfirmen Liberian Agricultural Company und Salala Rubber Corporation gehören der luxemburgischen Socfin-Gruppe. Der Verkauf der Kautschukernte läuft über das in der Schweiz registrierte Tochterunternehmen Sogescol. Das ist deshalb wichtig, weil laut der Konzernverantwortungsinitiative, über die das Schweizer Parlament dieses Jahr entscheiden wird, Schweizer Unternehmen für im Ausland begangene Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die ihnen zugerechnet werden können, haftbar gemacht werden sollen. Gemäß Brot für alle, eine der Mitinitiatoren der Gesetzesvorlage, seien in Liberia Menschenrechtsverletzungen in manchen Fällen vertuscht und internationale Standards missachtet

worden. Die Recherchen zeigten, dass freiwillige Standards nicht reichen, um die Rechte der Menschen vor Ort zu schützen. (cst)

Eine Volksabstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative wird wahrscheinlicher: Der Ständerat hat am 12. März mit 22 zu 20 Stimmen einen Gegenentwurf abgelehnt. Die Initiative verlangt, dass Schweizer Unternehmen für im Ausland begangene Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden haften müssen. Der Nationalrat hatte den Gegenvorschlag mit einigen Abschwächungen im vergangenen Jahr angenommen. Der Ständerat beauftragte daraufhin eine Unterkommission, Änderungsvorschläge etwa für Regulierungs- und Haftungsbedingungen zu erarbeiten. Diese Vorschläge hat die kleine Kammer nun jedoch abgelehnt. Eine ständerätliche Mehrheit hält eine Regulierung laut

Schweizer Medien für unnötig und schädlich. Die Wirtschaft wäre gezwungen, sich aus Ländern zurückzuziehen, Unternehmen drohten „Schauprozesse“, um sie als Konkurrenten auszuschalten, sagten Ständeratsmitglieder. Die Angelegenheit geht nun zurück an den Nationalrat, der entweder an seinem Gegenvorschlag festhalten oder sich dem ablehnenden Votum des Ständerats anschließen kann. Dann käme die Initiative vors Schweizer Stimmvolk, allerdings frühestens im Februar 2020. (cst)

Eine Untersuchung im Auftrag von Greenpeace Schweiz macht die zwei Großbanken UBS und Credit Suisse (CS) für insgesamt 182,9 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen zwischen 2015 und 2017 verantwortlich. Die Banken haben im untersuchten Zeitraum 47 Unternehmen mit 12,3 Milliarden US-Dollar finanziert, die im Geschäft

mit fossilen Brennstoffen tätig sind, unter anderem Kohle, Öl aus der Tiefsee und Flüssiggas. Elf der Unternehmen, darunter BP und American Electric Power, sind laut der Studie im „klimaskeptischen Lobbying“ aktiv, um strengere Gesetze zum Klimaschutz zu verwässern oder zu verhindern. Allein im Jahr 2017 hätten die Firmen 93,9 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen verursacht – doppelt so viele wie die Schweiz im Inland in einem Jahr. Die CS erklärte, sie folge den Empfehlungen der Task Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD), um Klimarisiken bei ihren Geschäften stärker zu berücksichtigen. Sie entwickle außerdem Methoden, um das eigene Kreditportfolio mit dem Pariser Klimaabkommen in Einklang zu bringen. Die UBS beteuerte, sie sei sich ihrer Verantwortung bezüglich Klimawandel bewusst und folge den TCFD-Empfehlungen. (cst)

„Das ist einfach deppert“

Protest gegen die Abschiebung gut integrierter Asylbewerber

Seit die rechte FPÖ für die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik zuständig ist, werden die Gesetze im Halbjahresrhythmus verschärft. Dagegen regt sich jetzt Widerstand – von Kirchen, Hilfswerken und von der Wirtschaft.

Vergangenen Sommer machte der Fall eines pakistanischen Asylbewerbers in Salzburg Schlagzeilen. Das Kloster St. Peter hatte dem 23-jährigen Ali Wajid angesichts einer drohenden Abschiebung Kirchenasyl gewährt. Der Flüchtling aus einem kleinen Dorf im Punjab war im Herbst 2015 mit der großen Flüchtlingswelle nach Salzburg gekommen und hatte 2017 eine Kellerlehre angetreten. Gegen einen ablehnenden Asylbescheid legte er Revision ein.

Ende Januar dieses Jahres wurde er bei einer Routinemeldung von der Polizei festgenommen. Er konnte der Abschiebung in sein Heimatland nur entgehen, indem er freiwillig nach Kenia ausreiste, wo ihn der Benediktinerorden vorübergehend in einem Kloster beherbergte.

Jetzt arbeite er in einem Straßenkinderprojekt und lebe in einem Studentenwohnheim, sagt Dechant Alois Dürlinger, der seinen Schützling nach Nairobi begleitet hat. Von dort versucht Ali Wajid, über ein Arbeits- oder Studentenvisum legal nach Österreich zurückzukehren. In Pakistan fürchtet er als Angehöriger einer Minderheit Verfolgung. Seit er in einem Kloster Zuflucht gesucht hat, steht er außerdem bei Landsleuten im Verdacht, zum Christentum konvertiert zu sein. Darauf steht in Pakistan die Todesstrafe.

Österreichs Asylrecht produziert solche Härtefälle in Serie. Seit mit Innenminister Herbert Kickl ein Vertreter der rechten FPÖ für Fremden- und Asylwesen zuständig ist, werden die im Halbjahrestakt verschärften Gesetze rigoros exekutiert. Jüngster Vorstoß: die



Auch die Wirtschaft protestiert: Gerhard Drexel (Vorstandsvorsitzender Spar), Landesrat Rudi Anschober und Johannes Zimmerl (Direktor Konzernpersonalwesen REWE) im Februar bei ihrer Pressekonferenz „Ausbildung statt Abschiebung“.

HELMUT GRAF / PICTURE ALLIANCE

Möglichkeit, über gefährliche Asylbewerber ohne richterlichen Beschluss, also auf Verdacht, Präventivhaft zu verhängen.

Offener Brief der Erzdiözese Salzburg an die Regierung

Fälle wie der des jungen Pakistani, der laut Dürlinger bereits sehr gut Deutsch spricht und sich bestens integriert hatte, veranlassten den Pastoralrat der Erzdiözese Salzburg Ende November letzten Jahres, einen offenen Brief an die österreichische Bundesregierung zu schicken.

Unter dem Titel „Wertschätzung statt Ignoranz“ klagten die Unterzeichner, dass die Behörden mit ihrer Vorgehensweise den zivilgesellschaftlichen Einsatz vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer zu nichtemachten. „Das ist nicht nur wirtschaftlich unsinnig, sondern trifft österreichweit Tausende Menschen, die aus Überzeugung dem Staat geholfen haben, die Flüchtlingskrise zu bewältigen und die notwendige Integration der Flüchtlinge zu bewerkstelligen“, heißt es in dem Schreiben. Allein für die Ca-

ritas hätten sich 2015 rund 50.000 Freiwillige für die Bewältigung der Flüchtlingswelle engagiert, etwa mit Deutschkursen oder der Begleitung bei Behördengängen.

Der Pastoralrat der Erzdiözese Salzburg appelliert daher an die Bundesregierung, „den guten Willen und das Engagement so vieler Menschen nicht weiter zu ignorieren und durch zweifelhafte Entscheidungen zu desavouieren“. Es wäre höchste Zeit, „Vertreter der Zivilgesellschaft in die Entscheidungen einzubinden oder zumindest anzuhören“.

Tatsächlich lud ein Regierungssprecher Vertreterinnen des Salzburger Erzbistums, des Österreichischen Frauenordens und anderer Einrichtungen zu einem Treffen Ende Februar in Wien ein. Die Anliegen der Flüchtlingshelfer würden an Bundeskanzler Sebastian Kurz herangetragen, hieß es im Anschluss; weitere Gespräche seien vereinbart. Zumindest kurzfristig hat aber beim Kanzler kein Umdenken eingesetzt. Deswegen traten kurz nach dem Treffen drei prominente Unternehmer zu-

sammen mit dem grünen Landesrat in Oberösterreich, Rudi Anschober, vor die Presse, um ein Bleiberecht für Lehrlinge einzufordern. Rund tausend Flüchtlinge absolvierten derzeit eine Lehre in Österreich, sagte Anschober, Gründer der Initiative „Ausbilden statt Abschieben“. Davon seien 700 akut von der Abschiebung bedroht. Gerhard Drexel, Vorstandsvorsitzender der Supermarktkette SPAR, findet das „unmenschlich, unwirtschaftlich und deswegen unverständlich“.

Rein wirtschaftlich argumentierte der Personalchef der REWE-Gruppe, Johannes Zimmerl. Mit jedem abgeschobenen Lehrling verliere der Staat durch entgangene Steuern geschätzt über 100.000 Euro: Soviel würden sie im Laufe der Jahre zum Fiskus beitragen, wenn sie nach der Lehre arbeiten dürften. Der Baumagnat Hans Peter Haselsteiner, der sich schon lange für Flüchtlinge einsetzt, zog einen drastischen Vergleich: „Das ist so, als würden Sie in ihrem Garten eine Ölquelle entdecken und dann schütten Sie sie zu. Das ist einfach deppert.“

Ralf Leonhard

Umstrittener Friedensvertrag

Zentralafrikanische Bischöfe kritisieren das Abkommen mit den Rebellen

Seit über sechs Jahren herrscht in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) ein blutiger Bürgerkrieg. Jetzt haben Regierung und Milizenführer das achte Friedensabkommen seit Ausbruch des Konflikts unterzeichnet. Die Afrikanische Union (AU) spricht von Frieden und Versöhnung – doch die katholische Kirche ist skeptisch.

Zehn Tage lang hatten Regierungsvertreter und die Führer von 14 Milizen unter Leitung der AU in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum zusammengesessen, bis Anfang Februar endlich das achte Friedensabkommen in sechs Jahren unterzeichnet werden konnte. Im Unterschied zu früheren Abkommen wurde dieses Mal beschlossen, die Milizen in die Regierung einzubinden. Der Kommissar für Frieden und Sicherheit bei der AU, Smail Chergui, sprach von einem großen Tag für die ZAR und das gesamte Volk des Landes. Und Firmin Ngrebada, Leiter der Regierungsdelegation, betonte, das Abkommen ermögliche dem Volk der ZAR, „den Weg der Versöhnung, Eintracht und Entwicklung einzuschlagen“.

Die katholische Kirche ist deutlich skeptischer. „Wir sehen leider wenig Anlass, darauf zu vertrauen, dass dieses Abkommen der Bevölkerung endlich Frieden bringt“, sagte der Generalsekretär der zentralafrikanischen Bischofskonferenz Joseph Tanga-Koti. Das sei „unwahrscheinlich“, insbesondere wenn es um Fragen der Wahrheit und der Gerechtigkeit gehe. Tanga-Koti appellierte an die internationale Gemeinschaft, die legitime Armee der ZAR zu stärken.

Wiederholt hatte die katholische Kirche in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass der Krieg kein rein zentralafrikanischer Konflikt zwischen ethnischen oder religiösen Gruppen sei, sondern dass für die Milizen auch Söldner aus dem Sudan, Tschad, Niger, Kamerun und Uganda kämpften. Auch

gehe es bei den Auseinandersetzungen nicht um Religion, sondern um die Kontrolle von Weidegebieten und von Rohstoffen wie Gold, Diamanten, Quecksilber und Uran. Ein Viertel der knapp fünf Millionen Einwohner musste wegen der gewaltsamen Auseinandersetzungen fliehen, entweder in andere Gebiete oder in Nachbarländer.

Besonders deutliche Worte fand Juan-José Aguirre Muñoz, der Bischof von Bangassou im Süden des Landes. Die Bevölkerung der ZAR habe nichts von dem Abkommen; es begünstige nur die Rebellen, die alle radikalisiert oder kriminell seien und ihre Waffen aus den

arabischen Ländern hätten. Bemerkenswert findet Muñoz, dass die Verhandlungen in Khartoum und nicht in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba stattgefunden haben, dem Sitz der AU. Der Bischof vermutet, das hänge damit zusammen, dass einige Rebellenführer vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht werden. In Äthiopien hätten sie verhaftet werden können, der Sudan dagegen hat den Gerichtshof nicht anerkannt. „Die Rebellen erheben Anspruch auf das Amt des Premierministers mit dem Ziel, das Land in zwei Teile zu spalten“, sagte Muñoz. „Die arme Bevölkerung zahlt dafür den Preis.“

Wie brüchig das Abkommen ist, zeigte sich bereits vier Wochen nach der Unterzeichnung. Bei der Neubildung der Regierung Anfang März waren nur unwichtige Ressorts an Rebellenvertreter vergeben worden. Sechs der 14 Gruppen waren bei der Postenvergabe ganz leer ausgegangen. Daraufhin hat die Volksfront der Zentralafrikanischen Renaissance (FPRC) ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung aufgekündigt. Und die Demokratische Zentralafrikanische Volksfront (FDPC) beschuldigt die Regierung, sie habe das Friedensabkommen gebrochen.

Katja Dorothea Buck

„Dialog der Religionen statt Parteipolitik“

Gespräch mit dem Generalsekretär der Christian Conference of Asia

Religion wird in vielen asiatischen Ländern zunehmend politisch instrumentalisiert. Welche Ursachen das hat und was Glaubensgemeinschaften selbst dagegen tun können, erklärt der Generalsekretär der Christian Conference of Asia (CCA), Mathews George Chunakara.

In welchen Ländern in Asien wird Religion besonders stark politisiert?

Religiöser Extremismus und religiöse Intoleranz nehmen in Pakistan, Indonesien, Indien, Thailand, Malaysia, Bangladesch, Sri Lanka, Myanmar und in Nepal zu. In all diesen Ländern gehört die Mehrheit der Bevölkerung entweder dem Islam, dem Hinduismus oder dem Theravada-Buddhismus an. Das Christentum ist in all diesen Ländern in der Minderheit.

Sind manche Religionen anfälliger für Instrumentalisierung als andere?

Die Frage nach Minderheit oder Mehrheit ist wichtiger als die nach der Religion an sich. Wer einer Mehrheitsreligion angehört, kann Wählerschaften im Namen dieser Religion für politische Zwecke mobilisieren. Selbst in Ländern, in denen eine starke Tradition religiöser Toleranz und Freundlichkeit gegenüber Minderheiten besteht, beobachten wir momentan, dass die religiöse Toleranz abnimmt, so beispielsweise in Bangladesch, Indonesien oder Indien.

Wie hat sich diese Toleranz früher manifestiert?

Im mehrheitlich islamischen Bangladesch etwa hatten die meisten Menschen eine liberale religiöse Grundhaltung und eine säkulare Weltanschauung. In den 1970er Jahren hat der bengalische Nationalismus die Menschen im Befreiungskrieg gegen Pakistan geeint. Es spielte keine Rolle, ob jemand aus der muslimischen Mehrheit oder aus den kleinen hinduistischen, buddhistischen oder christlichen Minderheiten stammte. Heute ändert sich der religiöse Kontext. Die Minderheiten in Bangladesch schrumpfen.

Wie konnte es dazu kommen?

Fundamentalistische islamische Gruppen sind überall im Land aktiv und haben begonnen, vor allem die Jugend systematisch zu indoktrinieren. Sie verbreiten schon unter den Kindern Ideen des politischen Islam, insbesondere in

den an Moscheen angeschlossen Schulen. Diese Madrassas sind Teil des Grundschulsystems und werden von der Regierung in Bangladesch und von der Regierung in Pakistan anerkannt. Sie werden finanziell von einigen Gruppen im Nahen Osten, insbesondere in Saudi-Arabien, unterstützt.

Tragen Religionen einer Minderheit weniger zur Polarisierung bei?

Der politische Islam nimmt auch in Indien zu, wo Muslime in der Minderheit sind. Das kommt daher, dass islamistische Gruppen generell die arme muslimische Bevölkerung in rückständigen Gebieten finanziell unterstützen, sei es in Bangladesch, Indonesien, Pakistan oder eben in Indien.

Mit ihrer Propaganda sind sie sehr erfolgreich. Auf der anderen Seite werden Muslime in Indien regelmäßig von Hindu-Nationalisten verfolgt. Gewöhnliche Hindus sind gegen jeden, der Kühe schlachtet und Rindfleisch isst. Und das macht sich die rechtsgerichtete politische



Mathews George Chunakara ist Generalsekretär der Christian Conference of Asia (CCA).

Partei, die im Namen des hinduistischen Nationalismus in Indien tätig ist, zunutze. Die meisten Metzger in Indien sind Muslime, und die meisten ihrer Kunden sind Muslime oder Christen.

Was können Glaubensgemeinschaften und Kirchen gegen die In-

strumentalisierung von Religion tun?

Sie können Menschen zusammenbringen und eine aufgebrauchte Menge beruhigen und davon überzeugen, nicht aufeinander loszugehen. In Indonesien zum Beispiel, als Kirchen und Christen angegriffen wurden, bat die größte islamische Organisation Nahatul Ulama die Muslime, sich zum Schutz der Christen und ihrer Kirchen zu melden. Aber nicht in allen Ländern finden die moderaten Stimmen Gehör. In Pakistan sind die Armee und die Mullahs eng miteinander verflochten und nutzen gemeinsam die Religion für politische Zwecke. Unabhängig davon, ob es sich um eine gewählte Regierung oder ein Militärregime handelt – wenn das herrschende Regime seine Existenz auf der Religion aufbaut, werden die Stimmen der progressiven und toleranten Gruppen nicht gehört. Wir brauchen in Asien mehr interreligiöse Initiativen für Frieden und Harmonie auf allen Ebenen.

Was tut die Christian Conference für den interreligiösen Dialog?

1968 organisierte die CCA ihre erste interreligiöse Konferenz. Seitdem sind wir Partner vieler asiatischer interreligiöser Initiativen zur Friedenskonsolidierung geworden, so zum Beispiel während des Indochina-Krieges, im Kampf gegen autoritäre Diktaturen oder Militäregimes in Südkorea und Taiwan oder in Friedens- und Versöhnungsinitiativen während des Bürgerkriegs in Sri Lanka. Ein aktuelles Beispiel ist das CCA-Programm zur Förderung junger Friedensbotschafter: Jedes Jahr erhalten 25 junge Menschen aus allen Religionen die Möglichkeit, sich über Konfliktlösung zu informieren und Friedensbotschafter zu werden. Für November 2019 lädt die CCA hundert Führer aus allen Religionen in Asien zu einem interreligiösen Gipfel in Sri Lanka ein. Wir werden diskutieren, wie wir Menschen dazu bewegen können, religiöse Konflikte zu überwinden.

Das Gespräch führte
Katja Dorothea Buck.

KIRCHE UND ÖKUMENE

„Deutschland sollte mehr für den Wiederaufbau tun“

Der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit berichtet von seiner Reise in den Irak

Sechs Tage hat Markus Grübel im März den Irak bereist. Unter den irakischen Jesiden herrsche großes Misstrauen gegenüber den sunnitischen Muslimen, berichtet der CDU-Politiker, der seit einem Jahr Beauftragter der Bundesregierung für Religionsfreiheit ist. Er meint, ein internationaler Gerichtshof könnte bei der Versöhnung helfen.

„Die Menschen müssen wieder lernen, nicht gegeneinander oder nebeneinander, sondern miteinander zu leben“, sagt Grübel. Als Religionsfreiheitsbeauftragter war er bereits zum zweiten Mal im Irak. Zwar würden in allen Programmen des Entwicklungsministeriums und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit die Beteiligten zum Dialog miteinander ermutigt. Aber das allein reiche nicht.

Für dringend nötig hält er die Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für den Irak. „Ohne Gerechtigkeit kann es keine Aussöhnung geben“, sagt Grübel. Deutschland müsse sich in dieser Frage stärker engagieren. „Wenn es keine Gerichte gibt, die Recht sprechen, besteht die Gefahr, dass die Menschen selbst zur Waffe greifen, um sich Gerechtigkeit zu verschaffen.“ In Jugoslawien und Ruanda habe man gesehen, wie wichtig ein internationaler Gerichtshof für die Versöhnung sei.

Auch die Rückkehr von Geflüchteten und Vertriebenen stellt den Irak vor große Schwierigkeiten und Aufgaben. Mit einigen Jesidinnen und Jesiden, die in die Provinz Sindschar zurückgekehrt seien, habe er gesprochen. Nicht alle seien sich sicher, dass sie auf Dauer in



Als Beauftragter für Religionsfreiheit zum zweiten Mal im Irak: Markus Grübel im Gespräch mit Gemeindevertretern der Stadt Zumar, in der sunnitische Kurden und Araber leben.

MARKUS GRÜBEL

der Heimat bleiben würden. „Das Misstrauen gegenüber den sunnitischen Muslimen in den Nachbardörfern ist groß“, sagt Grübel. So dürften auf dem Markt in der Stadt Sindschar nicht alle Händler aus mehrheitlich sunnitischen Dörfern ihre Waren anbieten; aus Angst vor zu vielen Sunniten in der Stadt sei nur ein Vertreter zugelassen.

Grübel hat in den sechs Tagen mit mehr als 30 Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften gesprochen. Alle wünschten sich eine einheitliche staatliche Sicherheitsstruktur. Die Menschen aus dem Süd-Sindschar und der Nive-Ebene, wo der Islamische Staat

(IS) besonders brutal gewütet hatte, sähen allerdings weniger im IS eine Gefahr als vielmehr in den vielen kleinen Milizen und bewaffneten Gruppen, die an Checkpoints die Leute zum Teil sehr willkürlich kontrollierten.

Am meisten würden die Menschen sich wünschen, dass ein europäisches Land oder die Europäische Union (EU) sich um Sicherheit in der Region kümmert. „Im Gegensatz zu den USA und den Vereinten Nationen haben Europa und Deutschland einen sehr guten Ruf“, sagt Grübel. Er bezweifelt allerdings, dass der Wunsch nach Schutztruppen aus einem EU-Land

Wirklichkeit werden könnte. Zum einen, weil wohl kaum ein Land dazu bereit wäre, zum anderen weil die Regierung in Bagdad das nicht zulassen würde, sagt Grübel. „Die Iraker gehen davon aus, dass sie das Sicherheitsproblem selbst in den Griff bekommen.“

Umso wichtiger sei, dass Deutschland sich in anderer Weise in der Region engagiere, etwa bei der Minenräumung oder bei der Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte, fordert Grübel. Deutschland sollte zudem mehr Hilfe beim Wiederaufbau der Infrastruktur wie der Wasser- und Stromversorgung sowie im Ge-

sundheits- und Bildungsbereich leisten. Im Sindschar gebe es derzeit nur eine Schule, sagt Grübel. „Es gibt Eltern, die mit ihren Kindern wieder zurück in die Lager gehen, weil die Kinder dort wenigstens ein bisschen Schulbildung bekommen.“ Außerdem brauche es dringend Arbeitsmöglichkeiten, insbesondere für die junge Generation. Und schließlich Versöhnungsprojekte: „Es ist wichtig, dass wir die lokalen Geistlichen aller Religionsgemeinschaften miteinbeziehen. Sie sind in ihren Gemeinschaften als Autoritäten anerkannt und haben Zugang zu den Menschen.“

Katja Dorothea Buck

GLOBAL LOKAL

Auch München braucht den Amazonas

Eine-Welt-Initiativen in der bayerischen Landeshauptstadt erkunden, was Entwicklung heute heißt

Das Münchner Netzwerk Nord-Süd-Forum diskutiert anlässlich seines 30-jährigen Bestehens über die Zukunft des entwicklungspolitischen Engagements. Die Klimapartnerschaft zwischen der Stadt München und einer indigenen Gemeinschaft in Peru gilt als Beispiel für Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Die Globalisierung einer nur auf Wirtschaftswachstum ausgerichteten Politik stößt an ihre Grenzen. Auch in den westlichen Industrieländern gibt es krasse soziale Gegensätze. Klimakatastrophe und Umweltzerstörung machen ein Umdenken notwendig. Was versteht die lokale Eine-Welt-Arbeit heute unter Entwicklung? Muss man von einer „anderen Entwicklung“ sprechen? Oder sollte man ganz auf den Begriff verzichten?

Mit solchen Fragen beschäftigt sich das Nord-Süd-Forum München in einer losen Themenreihe im Laufe dieses Jahres. Das Netzwerk umfasst rund 60 entwicklungspolitische Gruppen und blickt in diesem Jahr auf sein 30-jähriges Bestehen zurück. Bei einer ersten Veranstaltung haben Engagierte vorgestellt, wie sich ihre Sichtweise auf Entwicklung über die Jahre

verändert hat. Unter dem Motto „Entwicklung anders denken“ sind weitere Veranstaltungen geplant, etwa zu feministischen Perspektiven auf Entwicklung oder zur Wachstumskritik.

„Unter Entwicklung kann man sehr unterschiedliche Dinge verstehen“, sagt Kai Schäfer, geschäftsführender Referent des Netzwerks. „Wenn Entwicklung nicht mehr Wachstum bedeutet, was dann? Mit dieser Frage wollen wir uns auseinandersetzen.“ Er verspricht sich vom Themenschwerpunkt, dass die Mitgliedsgruppen ihr Engagement vertieft reflektieren. Die Gruppen vertreten ein breites Spektrum von ehrenamtlichen regionalen Initiativen bis zu nichtstaatlichen Hilfsorganisationen wie Handicap International oder Missio München.

Echte „Augenhöhe“ zu erreichen ist für beide Seiten schwer

Manche Nord-Süd-Kooperationen verfolgten auch heute noch einen klassischen Hilfsansatz, meint Schäfer. Dann werden zum Beispiel Schulen gebaut, die die Geldgeber im Norden finanzieren. Die Menschen im Süden sind die Empfänger. Der karitative Impuls prägte in weiten Teilen der Öffentlichkeit das

Bild von Entwicklungszusammenarbeit – aber auch einzelne Mitgliedsgruppen des Nord-Süd-Forums verstehen ihre Arbeit noch in diesem Sinn. „Der Impuls, Menschen helfen zu wollen, ist ja zunächst etwas Gutes“, sagt Schäfer. Die Frage sei aber, wie man es schaffe, dass sich beide Partner als gleichberechtigt verstehen. Die viel beschworene „Augenhöhe“ zu erreichen, sei in der Praxis „unendlich schwer für beide Seiten“. Man müsse daher darüber nachdenken, wie die eigene Projektarbeit in den Ländern des globalen Südens wirke.

Die Klimapartnerschaft Münchens mit der indigenen Gemeinschaft der Asháninka im zentralen Regenwald von Peru sei ein Beispiel für den Wandel von der Hilfe hin zu einer gemeinsamen Solidaritätsarbeit, sagt Schäfer. München unterstützt die Selbstorganisation der Indigenen, so dass sie ihren natürlichen Lebensraum besser schützen können, etwa gegen eindringende Konzerne. Gleichzeitig nützt der Schutz des Regenwaldes den Münchnern, weil die grüne Lunge in Südamerika für den weltweiten Klimaschutz essenziell ist.

Georg Stoll, beim Hilfswerk Misereor zuständig für globale Zu-

kunftsfragen, hält die Diskussion über das Verständnis von Entwicklung für sehr wichtig: „Der Begriff ist bei einigen unserer Partner im globalen Süden inzwischen verbrannt.“ Sie bringen „Entwicklung“ mit einem kapitalistischen Wirtschaftsmodell in Verbindung, das sie als zerstörerisch erlebt haben – auch wenn man den Begriff durch den Zusatz „nachhaltig“ ergänzt.

„Wir brauchen einen Perspektivwechsel“, sagt Stoll. Weg von einem Verständnis des Westens als privilegiertem Akteur, der Geld oder Know-how gibt, hin zu einem Bewusstsein von gemeinsamen Problemlagen. Um dahin zu gelangen, müsse man in einen Dialog treten und Selbstverständlichkeiten kritisch hinterfragen. Diese Überlegungen seien nicht neu, aber „in der Praxis häufig noch nicht so präsent“, sagt Stoll. Denn sie erfordern ein radikales Umdenken. Wenn es keine global geteilte Blaupause mehr für Entwicklung gibt, muss jeder seinen eigenen Weg suchen: die Asháninka in Peru ebenso wie die Menschen in München. Und statt dem Süden Rezepte zu empfehlen, muss für politische Veränderungen hier bei uns gesorgt werden.

Claudia Mende

PERSONALIA

Centre for Feminist Foreign Policy



Die Politikwissenschaftlerin **Kristina Lunz**, die das im vergangenen Jahr gegründete Zentrum für feministische Außenpolitik in Berlin leitet, berät das Auswärtige Amt in den kommenden Monaten beim Aufbau eines Frauennetzwerks zwischen Lateinamerika/Karibik und Deutschland. Das Netzwerk soll Frauen in Lateinamerika, der Karibik und Deutschland stärken und verbinden. Geplant sind außerdem ein Preis für besonderes Engagement für Frauenrechte und Demokratie, Präventivmaßnahmen sowie der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu diesem Thema.

UNU-WIDER



Kunal Sen ist neuer Leiter des Forschungsinstituts für Entwicklungsökonomie (WIDER) der UN University in Helsinki. Der Inder folgt auf Finn Tarp, der zehn Jahre auf dem Posten war. UNU-WIDER forscht seit mehr als 30 Jahren zu Fragen nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und dient zugleich als Beratungsinstitut.

Europäische Union

Der Ire **Eamon Gilmore** ist seit März neuer EU-Sonderbeauftragter für Menschenrechte. Er übernimmt das Amt zunächst für zwei Jahre. Gilmores Aufgabe ist es, die Wirksamkeit und die Außenwirkung der europäischen Menschenrechtspolitik zu fördern. Er tut das in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst unter der EU-Außenbeauftragten **Federica Mogherini**.

Heinrich-Böll-Stiftung

Der Politikwissenschaftler **Steffen Heizmann** ist seit März der neue Geschäftsführer der Heinrich-Böll-

Stiftung. Der 52-Jährige folgt auf **Livia Cotta**, die von 2013 bis 2018 auf dieser Position war. Heizmann ist seit 2009 bei der Böll-Stiftung und hat bisher die Abteilung Internationale Zusammenarbeit geleitet. Davor war er viele Jahre für das Bundesentwicklungsministerium – unter anderem als persönlicher Referent der Staatssekretärin **Uschi Eid** – sowie bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit tätig.

Kindernothilfe

Christian Herrmann, bis März stellvertretender Pressesprecher der Kindernothilfe, hat die Organisation verlassen und leitet jetzt die Öffentlichkeitsarbeit der St. Augustinus Gruppe in Neuss. Die Gruppe betreibt Krankenhäuser, Altenheime, Behinderteneinrichtungen, Pflegeschulen und Reha-Kliniken am Niederrhein.

KfW Entwicklungsbank

Stephan Opitz hat zum März den Länderbereich Europa/Asien übernommen, **Roland Siller** den Länderbereich Grundsätze/Lateinamerika. **Jenny Scharrer** leitet seit März das Kompetenzzentrum Wirtschaftsentwicklung und Bildung im Länderbereich Grundsätze/Lateinamerika. Sie war bisher als Projektmanagerin im Team Finanzsystementwicklung im Länderbereich Afrika/Nahost tätig.

UNCCD



UN-Generalsekretär **António Guterres** hat **Ibrahim Thiaw** aus Mauretanien zum neuen Direktor des Sekretariats der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung ernannt. Thiaw folgt auf die Französin **Monique Barbut**, die das Sekretariat sechs Jahre lang geleitet hat. Thiaw war zuletzt Berater des UN-Generalsekretärs für den Sahel, davor war er für das UN-Umweltprogramm tätig, unter anderem als stellvertretender Direktor. Das UNCCD-Sekretariat ist in Bonn.

UNEP: Auf den Norweger folgt eine Dänin



Inger Andersen ist die neue Leiterin des UN-Umweltprogramms in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Die Dänin folgt auf den Norweger **Erik Solheim**, der im vergangenen November wegen Kritik an seinen häufigen und ausgedehnten Dienstreisen zurückgetreten war. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Andersen hat zuletzt die Weltnaturschutzunion IUCN geleitet. Davor war sie als Vizepräsidentin für den Nahen Osten und Nordafrika bei der Weltbank sowie bei

den Vereinten Nationen tätig. Dort hat sie sich mit Dürre- und Wüstenproblemen sowie mit Wasser und Umwelt in arabischen Ländern befasst.

Zu ihrer Ernennung zur neuen UNEP-Chefin sagte die 60-Jährige: „In dieser für den Planeten und die Menschheit ersten Epoche war Umweltbewusstsein noch nie so wichtig.“ Die Bundesregierung hatte den Staatssekretär im Umweltministerium, **Jochen Flasbarth**, für den Posten vorgeschlagen. Der gratulierte dem UN-Generalsekretär zu seiner Wahl: Mit der Dänin würden die UN eine „überzeugende Anwältin für die globale Umwelt haben“.

Anzeige



FRIEDENSARBEIT - IHR ANLIEGEN?

Sie haben Sozialpädagogik, Politik- oder Sozialwissenschaften studiert und sind berufserfahren. Sie suchen eine Aufgabe, bei der Sie unsere Partner professionell dabei unterstützen, gewaltfreie Konfliktlösungen zu finden. Christliche Werte sind Teil Ihrer Motivation und Sie verstehen Ihr Tun als solidarischen Dienst.

Dann sollten wir uns kennenlernen!

Die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) ist der Personaldienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit.

Wir bieten Ihnen die Chance, in Projekten des Zivilen Friedensdienstes in Afrika, Asien und Lateinamerika aktiv zu werden, auf der Grundlage des Entwicklungshelfer-Gesetzes.

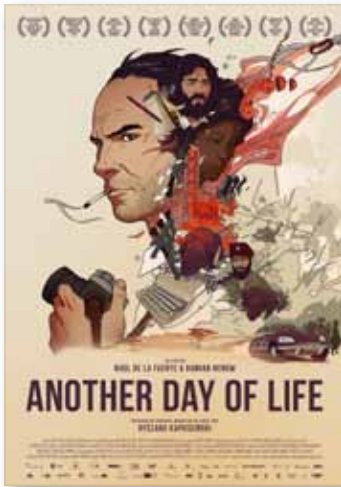
Informieren Sie sich auf www.ageh.de über unsere Stellenangebote im Zivilen Friedensdienst.

Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe (AGEH) e.V.
Ripuaerenstraße 8 | 50679 Köln
Tel. 0221 8896-270
www.ageh.de
jobs@ageh.org

AGEH 
mitmenschen.
Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe e.V.

FILMKRITIK

Innovative Montagen



Another Day of Life

Polen, Spanien, Deutschland, Belgien, Ungarn 2018

Regie: Raúl de la Fuente und Damian Nenow

85 Minuten

Kinostart: 4. April 2019

Der packende Film schildert in einer eleganten Kombination aus Animation und Dokumentation den Einsatz des polnischen Reporters Ryszard Kapuściński im angolanischen Bürgerkrieg.

Im Herbst 1975 reist der polnische Starreporter Ryszard Kapuściński (1932–2007) im Auftrag der staatlichen Nachrichtenagentur PAP nach Angola. Er soll über den Bürgerkrieg in dem südafrikanischen Staat berichten, der kurz vor der Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Portugal steht. Seine Erfahrungen während des dreimonatigen Aufenthalts in der Hauptstadt Luanda und an der Front im Süden verarbeitet der damals 43-Jährige in dem Bestsellerroman „Another Day of Life“.

Der Film des spanischen Regisseurs Raúl de la Fuente und seines polnischen Kollegen Damian Nenow beruht auf Motiven dieses Romans. Das Regieduo kombiniert auf außergewöhnliche und innovative Weise etwa 80 Minuten Animation im Stil einer Graphic Novel mit rund 20 Minuten an dokumentarischem Bildmaterial, das sich aus historischen TV-Aufnahmen, Schwarz-Weiß-Fotos und heutigen Zeitzeugeninterviews zusammensetzt.

Einige Figuren sind fiktiv, andere sind Abbilder tatsächlicher Zeitzeugen. Eine flüssige Montage verknüpft beide Ebenen geschickt. So geht etwa eine animierte Szene mit Kapuścińskis angolanischem Kollegen Artur Queiroz direkt in ein Realfilm-Interview des alten Queiroz über. Aus dem Off kommentiert darüber hinaus der Ich-Erzähler Kapuściński die Ereignisse.

So werden wir am Anfang des Films Zeuge, wie viele Portugiesen ihre Häuser verlassen und mit ihren Wertsachen aus Angola fliehen und die Hauptstadt im Chaos versinkt. Vom Hotel Tivoli beobachtet Kapuściński, wie die Müllberge wachsen – und reist schließlich er an die Frontlinien in den Süden.

Dort kämpft die Unabhängigkeitsbewegung MPLA, die von der Sowjetunion und Kuba unterstützt wird, gegen die FNLA und UNITA, hinter denen die USA und Südafrika stehen. Mitten im Kalten Krieg entsteht ein neuer Stellvertreterkrieg, der noch 27 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung andauern und fast eine Million Menschenleben fordern wird.

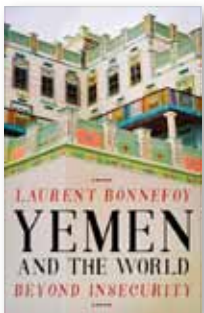
Im Süden will der Reporter Kapuściński den legendären MPLA-General Farrusco interviewen, der als portugiesischer Elitesoldat zur sozialistischen Miliz übergelaufen ist und gegen einen übermächtigen Feind auf verlorenem Posten kämpft. Auf der Fahrt dorthin geraten Kapuściński und sein Fahrer in einen Hinterhalt, doch die junge MPLA-Kommandeurin Carlotta rettet sie im letzten Moment vor Regierungstruppen, die gerade ein Massaker an Zivilisten verübt haben. Über 50 Kilometer ist die Straße übersät mit Leichen. „Das war das Grausamste, das ich gesehen habe“, sagt Artur Queiro im Rückblick. Der grausige Anblick mündet in alptraumartige Trickszenen, in denen sich Körperformen auflösen und schwere Waffen durch die Luft schweben. Solche Ausflüge ins Visionäre verstärken immer wieder die Empathie der Zuschauer mit den animierten und realen Figuren.

Der packende Film, der 2018 mit dem Europäischen Filmpreis in der Kategorie Bester Animationsfilm ausgezeichnet wurde, lässt keinen Zweifel an der Parteinahme Kapuścińskis für die MPLA. Einen bitteren Beigeschmack verursacht aber die Tatsache, dass der Autor nur die Verbrechen der FNLA und der UNITA erwähnt, nicht aber die der MPLA. Ohnehin sind die Darstellungen des einst so bewunderten Reporters mit Vorsicht zu genießen, seit sein Landsmann Artur Domoslawski 2014 in einer voluminösen Biografie nachgewiesen hat, in welchem Ausmaß Kapuściński seine Reportagen literarisch ausgeschmückt hat.

Reinhard Kleber

REZENSIONEN

Nicht bloß ein Opfer von Interventionen



Laurent Bonnefoy
Yemen and the World
 Beyond Insecurity
 Hurst, London 2018
 256 Seiten, ca. 38 Euro

Der französische Forscher Laurent Bonnefoy zeigt in seinem Buch über den Jemen, wie vernetzt das vorderasiatische Land international ist und welch gewichtige Rolle es für den gesamten Nahen und Mittleren Osten spielt und spielt.

Die Stärke al-Qaidas im Jemen und der Bürgerkrieg unter regionaler und internationaler Beteiligung vor allem des sunnitisch-wahhabitisch geprägten Saudi-Arabien und des schiitisch geprägten Iran haben den Eindruck erzeugt, das Land sei ein passiver Aus-

tragungsort regionaler und internationaler Konflikte. Der Autor, der vier Jahre im Jemen gelebt hat, korrigiert dieses Bild: Er lenkt die Aufmerksamkeit auf Jemens Rolle auf der internationalen Bühne. Laurent Bonnefoy blickt dabei insgesamt auf sechs Felder internationalen Austauschs: Globalisierung, Diplomatie, Handel, Migration, Kultur und militanter Islamismus.

Zunächst nimmt uns der französische Politikwissenschaftler aber mit auf eine Reise durch die jemenitische Geschichte, die eine des internationalen

Austauschs ist. Die Nähe des Landes zum Horn von Afrika, die zweimalige Herrschaft des Osmanischen Reiches über große Teile des Jemen, die Rolle Ägyptens und Saudi-Arabiens in der nordjemenitischen Revolution in den 1960er Jahren, die wichtige Rolle Adens für die internationale Schifffahrt und die sozialistischen Einflüsse im Südjemen zur Zeit des Kalten Krieges machen deutlich, dass Jemens angebliche Isolation seit jeher nicht mehr war als ein Mythos.

Auch Migration, so der Autor, ist schon immer ein wichtiger Einflussfaktor im Jemen und für die Rolle des Landes in der Welt gewesen. Osama bin Ladens jemenitische Wurzeln oder die Rolle des jemenitisch-amerikanischen Predigers Anwar al-Awlaki in der internationalen Propaganda al-Qaidas haben den Jemen zu einem Schwerpunkt amerikanischer Antiterroroperationen werden lassen.

Bis heute sehen die USA das Land hauptsächlich durch diese Brille, auch wenn sich der Großteil der Gewalttaten islamistischer Gruppen im Jemen gegen den eigenen Staat und seine Verbündeten und Repräsentanten richtet. Die unversöhnliche Haltung der US-Amerikaner gegenüber diesen Terroristen, die man bis heute hauptsächlich durch Drohnen zu „eliminieren“ versucht und dabei auch immer wieder Zivilisten tötet, nehme jemenitischen Akteuren die Möglichkeit, zusammen mit diesen stark in der Ge-

sellschaft verwurzelten Islamisten alternative, nicht gewaltsame Lösungen zu finden.

Migration hat aber auch dazu geführt, dass vermehrte jemenitische Familien mittels Geldüberweisungen ihrer Mitglieder aus dem Ausland überleben und manche für eine Zeitlang sogar eine neue Mittelschicht bilden konnten. Auch sind junge Jemeniten im Ausland in den Genuss besserer Bildungsmöglichkeiten gekommen, die sie in der Folge in den Dienst ihres Heimatlandes stellten und die in der Golfregion und darüber hinaus auch für eine neue Vernetzung von Künstlern gesorgt haben. Drei von fünf Star-of-the-Gulf-Gesangswettbewerben eines Fernsehsenders aus Dubai hat ein Jemenit gewonnen.

Heute sind die meisten der Jemeniten, denen es gelingt, ihr Land zu verlassen, Flüchtlinge. Die andauernde Gewalt im Land und die verzweifelte humanitäre und wirtschaftliche Lage werden dafür sorgen, dass das so bleibt, betont der Autor – wenn es nicht gelingt, den Krieg im Jemen zu beenden und nachhaltige Entwicklung vor den Kampf gegen den Terrorismus zu setzen. Laurent Bonnefoys Buch ist für alle diejenigen lesenswert, die jenseits der medialen Vereinfachung mehr über dieses Land erfahren wollen. Denn es öffnet die Augen für ein komplexes und faszinierendes Land mit großem Potenzial, das einst als der „glückliche Jemen“ galt.

Marie-Christine Heinze

Anzeige

sez
Förderung Entwicklungs-
zusammenarbeit
Baden-Württemberg

Internationale
Messe für Fair Trade
und global verant-
wortungsvolles
Handeln

Fair Handeln

25. – 28. April 2019

Messe Stuttgart | www.fair-handeln.com

Mitten im Markt Messe Stuttgart



Von Außergewöhnlich bis zukunftsfähig

Willkommen auf der Fair Handeln – Deutschlands bedeutendster Messe für Fair Trade, Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiges Handeln.

Nutzen Sie die Messe zum Shoppen, Networken, Diskutieren und informieren Sie sich über Trends und Handlungsmöglichkeiten für eine gerechtere Zukunft auf unserem Planeten.

Ausstellungsbereiche:

- Fairer Handel
- Entwicklungszusammenarbeit
- Nachhaltiger Tourismus
- Verantwortliche Unternehmensführung (CSR)
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Future Fashion



Preisgerechtigkeit aus historischem Blick



Christoph Fleischmann

Nehmen ist seliger als geben

Wie der Kapitalismus die Gerechtigkeit auf den Kopf stellte

Rotpunkt-Verlag, Zürich 2018

237 Seiten, 12,90 Euro

Im Kapitalismus ist der gerechte Preis der, den man zu zahlen bereit ist. Das war nicht immer so, zeigt der Journalist Christoph Fleischmann mit seinem Gang durch die Geschichte der Tauschgerechtigkeit.

Was ist eine Ananas wert?, fragt der Autor zum Einstieg und beschreibt einen Moment extremer Ungerechtigkeit beim Feilschen um eine Ananas mit einer indischen Straßenverkäuferin: Er handelt einen für sich günstigen Preis aus, obwohl die Straßenverkäuferin das Geld viel dringender benötigt. Zu zeigen, dass der Kapitalismus an solchem Verhalten eine Teilschuld trägt, ist das Ziel von Fleischmanns Buch.

Im globalen Norden handeln private Käufer heute kaum noch. Nur ganz am Rande, etwa beim Handeln auf Flohmärkten oder bei organisierten Tauschbörsen, spielt der gleichwertige Austausch noch eine sichtbare Rolle. Ansonsten zahlen die Kunden den Preis, mit dem die Ware ausgezeichnet ist, oder kaufen das Produkt eben nicht. Deshalb denken sie beim Einkaufen im Supermarkt kaum über die Verhandlungen und Prozesse nach, die hinter den vermeintlich festen Preisen stehen. Bis zum späten Mittelalter, betont der Autor, galt ein Handel als gerecht,

wenn Waren gleichen Wertes oder Ware und Geld gleichen Wertes getauscht wurden.

Heute bezeichne man einen Handel als gerecht, wenn ihm beide Vertragspartner freiwillig zustimmen – unabhängig davon, ob das gezahlte Geld dem Wert der Ware entspreche oder nicht. Dieser Wandel hängt laut Fleischmann mit dem Aufkommen kapitalistischer Wirtschaftsformen zusammen. Diese hätten dazu geführt, dass materielle Gier und die rücksichtslose Vermehrung des eigenen Besitzes mit einem Mal nicht mehr als Laster empfunden worden seien, sondern stattdessen als legitim galten, wenn die Besitztümer nicht durch Gewalt, sondern durch freien Handel aufgrund freiwilliger Vereinbarungen erlangt wurden.

Fleischmanns gut recherchierte und mit Fachausdrücken gespickte Erzählung führt über Aristoteles Vorstellungen von Gerechtigkeit über die Scholastiker des Mittelalters und der frühen Neuzeit zu Thomas Hobbes und den neoliberalen Ökonomen und ist eine anregende Lektüre für alle, die sich für Wirtschaft, Philosophie und Gerechtigkeit interessieren und Spaß beim Lesen einer historischen Darstellung haben.

Meike Lawrenz

Verschiedene Formen des Antisemitismus



David Ranan

Muslimischer Antisemitismus

Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?

Dietz-Verlag, 2018

224 Seiten, 19,90 Euro

Der deutsch-britische Politologe David Ranan sucht nach Erklärungen für das seiner Meinung nach recht junge Phänomen des muslimischen Antisemitismus. Seine umstrittenen Thesen sind ein wichtiger Beitrag zur Diskussion.

Wenn junge Muslime in Deutschland Synagogen beschmieren, jüdische Friedhöfe schänden oder gar einem Juden die Kippa vom Kopf schlagen, ist die öffentliche Aufregung groß. In Kommentaren und Talkshows wird dann gerne gefragt, ob Muslime grundsätzlich antisemitisch eingestellt seien, ob Judenhass vielleicht sogar Bestandteil des Islam sei. In seinem Buch „Muslimischer Antisemitismus“ geht der deutsch-britische Politologe David Ranan, der seine Kindheit und Jugend in Israel verbracht hat, dem nach.

Sein Befund ist ambivalent. Ranan hat mehr als 70 Interviews mit muslimischen Studierenden und Akademikern in Deutschland und Großbritannien geführt, und die legen den Schluss nahe, dass Muslime Juden tatsächlich nicht leiden können. Selbst unter gebildeten Muslimen sind Stereotype vom reichen, mächtigen Juden und Verschwörungstheorien wie die von der jüdischen Weltherrschaft weit verbreitet.

Ranan will allerdings nicht Öl ins Feuer gießen, sondern sucht nach Erklärungen, warum diese Stereotype bei Muslimen auf so fruchtbaren Bo-

den fallen. Er kommt zu dem Schluss, dass muslimischer Antisemitismus ein relativ junges Phänomen sei, das nicht in einen Topf geworfen werden dürfe mit dem über Jahrhunderte in Europa tradierten christlichen Judenhass. Der stützt sich bekanntlich auf den Vorwurf, dass die Juden Gottes Sohn umgebracht hätten. Dass dies für Muslime, die nicht an die Gottessohnschaft Jesu glauben, kein Argument ist, liegt auf der Hand.

Ranan sieht den Ursprung dafür, dass viele Muslime Juden ablehnen, vielmehr im Nahostkonflikt. Darin würden Israel und stellvertretend dafür die Juden allgemein als mächtig und überlegen erlebt, während die Palästinenser, mit denen sich viele Muslime identifizieren, ohnmächtig wirkten. Im Gegensatz zum abendländischen Antisemitismus mit seinem rassistischen Fundament habe der muslimische Antisemitismus seinen Grund in einem erlebten Unrechtsempfinden im Rahmen eines Territorialkonflikts.

Ranan ist für diese These von verschiedenen Seiten scharf kritisiert worden. Er versuche, antisemitische Übergriffe von Muslimen zu relativieren oder zu entschuldigen, werfen ihm Kritiker nicht ganz zu Unrecht vor. Denn egal auf welchem Boden Ressentiments und Vorurteile wachsen – sobald sie zu antisemitischen Übergriffen führen, sind sie inakzeptabel.

Andererseits nimmt Ranan mit seiner Erklärung all jenen den Wind aus den Segeln, die auf antisemiti-

sche Angriffe von Muslimen verweisen, um vom Antisemitismus aus dem rechten Lager abzulenken. Der bildet immerhin den Hintergrund von 95 Prozent aller antisemitischen Übergriffe in Deutschland, wie der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Frühjahr 2018 zu entnehmen ist. Ranans Unterscheidung verschiedener Ausprägungen von Antisemitismus ist auch hilfreich für Prä-

ventionsstrategien und Bewusstseinsbildung, denn mit rechten Antisemiten muss anders diskutiert werden als mit muslimischen. Damit nimmt Ranan die muslimische Gemeinschaft aus der Schusslinie, die unabhängig vom Vorwurf des Antisemitismus von Teilen der deutschen Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen wird. So ist sein Buch ein Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden. **Katja Dorothea Buck**

Diesel, Platin und Menschenrechte



Britta Becker, Maren Grimm und Jakob Krameritsch (Hg.)

Zum Beispiel BASF
Über Konzernmacht
und Menschenrechte
Mandelbaum Verlag, Wien 2018
456 Seiten, 26,90 Euro

Das Buch der engagierten Wissenschaftler und Filmemacher widmet sich der Verantwortung internationaler Konzerne, die in Ländern des globalen Südens Ressourcen abbauen. Es erklärt anschaulich und beispielhaft die Probleme mit Selbstverpflichtungen von Unternehmen.

Im August 2012 starben 34 streikende Bergleute im Kugelhagel der südafrikanischen Polizei. Das Massaker von Marikana, am Rande einer der wichtigsten Platinminen nordwestlich von Johannesburg, die den Rohstoff für Katalysatoren in Autos mit Dieselmotoren liefern, ist bis heute ein Trauma für die junge Demokratie. Viele erinnerte damals die Polizeigewalt an die Willkür der Sicherheitskräfte während der Apartheid. Aber 2012 ging es nicht um rassistische Unterdrückung, sondern um die Niederschlagung eines Streiks für höhere Löhne im Interesse des transnationalen Konzerns Lonmin. Von ihm kaufte der deutsche Chemiekonzern BASF jahrelang Platin für Abgaskatalysatoren.

Die Verantwortung für den Polizeieinsatz ist noch immer nicht ganz geklärt. Aber Menschenrechtsaktivisten, Kirchenvertreter und überlebende Arbeiter wollen auch BASF als wichtigen Abnehmer in die Pflicht nehmen dafür, dass Menschenrechte in Lieferketten eingehalten werden. Südafrikanische Delegierte haben mehrfach auf BASF-Aktionärsversammlungen die Probleme der Arbeiter und der Familien erklärt, deren Haupternährer beim Massaker erschossen worden waren.

Das reich bebilderte Buch lässt Witwen und überlebende Arbeiter zu Wort kommen; es kommentiert auch die Reaktionen des BASF-Vorstandsvorsitzen-

den. So kontrastieren die Herausgeber Schilderungen der menschenunwürdigen Unterkünfte und schwierigen Arbeitsbedingungen mit den Selbstverpflichtungen des Unternehmens und beleuchten die Rolle des Lonmin-Konzerns.

Dazu hat Brot für die Welt im April 2018 die anschauliche, elektronisch zugängliche Publikation „Edles Metall, unwürdiger Abbau“ veröffentlicht. Becker, Grimm und Krameritsch, die mit Brot für die Welt kooperierten und deren Buch auch auf Englisch in Südafrika erschienen ist, erweitern den Fokus um Hintergrundanalysen zur Platinindustrie sowie zur Situation der Bergleute während und nach der Kolonialzeit, also nach 1910. Südafrikanische Autorinnen und Autoren erklären die komplexen Zusammenhänge und diskutieren Fragen der Nord-Süd-Solidarität. Zudem stellen sie Bezüge zur Welthandelspolitik und zum UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte her. Deutschsprachige Fachleute nehmen die Rohstoffpolitik der EU sowie die Unternehmensgeschichte der BASF unter die Lupe, beispielsweise die Geschäftsbeziehungen des Konzerns (damals als Teil der IG-Farben) mit dem NS-Regime und seine Tätigkeit im Apartheidstaat.

Gerade durch diese historischen Rückbezüge erscheinen Forderungen, dass transnationale Konzerne die Einhaltung grundlegender Menschenrechte gewährleisten müssen, umso dringlicher. Weil das Buch am Beispiel Südafrika zentrale Probleme zum Spannungsfeld von Wirtschaft und Menschenrechten erörtert, bringt es auch denen einen Erkenntnisgewinn, die entwicklungspolitisch zum Rohstoffhandel oder zu mineralischen Ressourcen arbeiten.

Rita Schäfer

Ein syrischer Höllentrip

Khaled Khalifa erzählt die Geschichte dreier Geschwister, die den letzten Wunsch ihres in Damaskus verstorbenen Vaters erfüllen wollen, ihn in seinem Heimatdorf Anabija bei Aleppo zu beerdigen. Im kriegsgebeutelten Syrien wird das zu einem grotesken Höllentrip.

Die Fahrt im Minibus mit einer sich zusehends zersetzenden Leiche, die unter normalen Umständen

einen halben Tag dauern würde, zieht sich durch die Warterei an verschiedenen Checkpoints unerträglich in die Länge. Immer wieder muss die bizarre Reisegesellschaft den unterschiedlichen Kriegsparteien ihr Anliegen erläutern – ein geschickter Kniff des Autors, um die mörderische Vielfalt des Krieges aufzuzeigen und jeder Kriegspartei ihr Fett zu geben. Einmal kommen die Geschwister nicht weiter, weil die



Khaled Khalifa
Der Tod ist ein mühseliges Geschäft
 Aus dem Arabischen von
 Hartmut Fähndrich
 Rowohlt, Reinbek 2018
 224 Seiten, 20 Euro

Soldaten am Checkpoint die Leiche des Vaters verhaften. Dieser hatte sich zu Lebzeiten für die Revolution engagiert. An einer anderen Straßensperre müssen sie sich in die Warteschlange für Lastwagen einreihen. Eine Leiche sei schließlich eine Ware – für die dann reichlich Schmiergeld gezahlt werden muss. Die Dschihadisten halten die Geschwister auf, um ihnen zunächst beizubringen, wie ein Muslim ihrer Meinung nach zu beten hat. Währenddessen machen sich die Maden über die Leiche des Vaters her. Der Autor spart nicht an schwarzem Humor.

Ein Höllentrip ist die Fahrt für die drei allerdings auch, weil sie sich nicht aus dem Weg gehen können. Je länger sie dauert, desto deutlicher werden die Lebenslügen der Protagonisten. Da ist Fatima, die sich immer für eine besonders begehrte junge Frau gehalten hat. Heute lebt sie ein mittelmäßiges Leben an der Seite eines Mannes, den sie nicht liebt und der sie nicht liebt. Nabil, genannt Bulbul, hatte einst große Ideale, doch ihm fehlte der Mut, sie zu leben. Er führt das biedere Leben eines angepassten Angestellten. Auf Hussain, dem Ältesten, lagen einst die Hoffnungen des Vaters. Vor langer Zeit hatte der Sohn aber mit dem Vater gebrochen, wohl auch, weil

er dessen Lebenslügen nicht mehr ertrug. Statt aus seiner Freiheit etwas zu machen, hat Hussain es nur zum Fahrer russischer Showgirls gebracht und auch seiner Schwester in der Not nicht beistehen können.

Khaled Khalifa ist ein großartiger Roman über das heutige Syrien gelungen mit literarischen Bildern, die den Leserinnen und Lesern noch lange im Gedächtnis bleiben. So die Szene, in denen die Geschwister in dunkler, kalter Nacht auf freiem Feld von streunenden Hunden angegriffen werden, die sich über den Kadaver des Vaters hermachen wollen. Oder der verbissene Kampf der beiden Brüder in einem zerstörten, verlassenen Dorf.

Fein beleuchtet Khalifa, dass Lebenslügen nicht nur aus der individuellen Unfähigkeit entstehen. Sie haben ihren Grund auch in einer Gesellschaft, die seit Jahrzehnten von einem autoritären Regime beherrscht wird und zudem nach den starren Regeln einer Kultur der Scham und der Ehre lebt. Dies vor dem Hintergrund des blutigen Krieges, in dem verschiedene Gruppen bis auf den Tod etwas zu bewahren versuchen, sei es den Status quo, die Macht oder eine fixe religiöse Idee, ist aufwühlend zu lesen.

Katja Dorothea Buck

Komplexe Poesie



María Cecilia Barbeta
Nachtleuchten
 Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2018
 528 Seiten, 24 Euro

Die argentinische Autorin **María Cecilia Barbeta** erzählt in ihrem Roman vom Alltag nahe Buenos Aires zu Zeiten des Peronismus. Dank ihrer lyrischen Herangehensweise und der Vielzahl ihrer Charaktere ist die Lektüre aber keine leichte Kost.

Argentinien 1974. Der Tod des im Volk beliebten Präsidenten Juan Perón und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch seine Frau läuten politisch unruhige Zeiten ein. Vor dieser Kulisse wirft die Autorin einen Blick auf das Alltagsleben der Bürger des beschaulichen Ortes Ballester und porträtiert eindrucksvoll verschiedene Perspektiven. Da gibt es etwa die zwölfjährige Teresa Gianelli, fromme Elevation einer katholischen Mädchenschule, ebenso wie Álvaro Fatini, Automechaniker in der Werkstatt Autopia und Chefredakteur einer kleinen Lokalzeitung, oder auch den extrovertierten Friseur Celio Rachello. Ihre Träume, Gewohnheiten, Freuden und Ängste stehen im Zentrum des Romans – so sehr, dass die politische Rahmenhandlung fast schon untergeht. Teresa etwa hat sich in den Kopf gesetzt, die Kirche näher zu den Christen im Ort zu bringen, und lässt dazu eine schützende Madonnenreplik von Familie zu Familie wandern. Álvaro philosophiert mit seinen Kollegen über linke Ideologien, und Celio erleidet einen harten Schicksalsschlag.

Auf 500 Seiten und in vier Abschnitten bietet Barbeta tiefe Einblicke die in argentinische Kultur und lässt ihre Leser eloquent und teils poetisch teilhaben am kulinarischen, musikalischen und traditionellen Leben der damaligen Zeit. Geschickt ein-

geflochten in die Geschichte finden sich etwa spanische Sprichwörter und Liedtexte, Ausführungen über landesübliche Leckereien wie Choripán, eine Art argentinischer Hotdog, sowie Beschreibungen der tiefroten Blüte des Ceibobaumes, der Nationalblume der Argentinier.

Äußerst fantasievoll schildert die Autorin auch die Träumereien und Spielereien der Kinder von Ballester, von der detektivischen Suche nach einer verschwundenen Katze bis hin zur brodelnden Gerüchteküche an der Mädchenschule, als eine Nonne rätselhafterweise verschwindet und von den Schülerinnen spontan zur Heiligen erklärt wird. Barbettas Sprachstil ist dabei experimentell; die Vielzahl an Metaphern, Anspielungen, Alliterationen und Umschreibungen verleiht „Nachtleuchten“ eine lyrische Ästhetik. Doch die vielen Schachtelsätze, Parallelerzählungen, Fremd- und Fachworte, plötzlichen Zeitsprünge und Perspektivwechsel erschweren auch den Lesefluss. Die Autorin verliert sich oft in einer Fülle von Details, so dass kaum ein dramaturgischer Bogen erkennbar ist. Zwar wird auf diese Weise fast jede Figur gleichberechtigt vorgestellt, doch erinnert die schiere Vielzahl von Charakteren und ihr komplexes Beziehungsgeflecht an klassische Dramen, mit dem entscheidenden Unterschied, dass Namen und Rollen nicht auf den ersten Seiten des Werkes nachgeschlagen werden können. Als Konsequenz droht beim Lesen literarische Orientierungslosigkeit – Barbettas anspruchsvolles Buch könnte damit abseits elitärer Literaturkreise eher auf Unverständnis stoßen.

Sophia Allenstein

Fotografien auf Augenhöhe



Roland Brockmann
Real People of East Africa
 Photo Edition Berlin, 2018
 110 Seiten, 24 Euro

Der Fotojournalist Roland Brockmann porträtiert Menschen aus Tansania und Kenia in ihrem Alltag. Dabei entsteht ein authentisches Bild des ländlichen Lebens.

Noch immer ist der westliche Blick auf Afrika häufig von Stereotypen geprägt: Bilder zeigen hungrige Kinder, Armensiedlungen und Gewalt auf der einen, bunte Exotik und ursprüngliche Natur auf der anderen Seite. Der Fotojournalist Roland Brockmann porträtiert in seinem Bildband Männer und Frauen jenseits der gängigen Klischees: Handwerker und Busfahrer, Fischer, Händler oder Viehhirten – Menschen in ihrem Alltag eben. Entstanden sind die 44 Fotos während verschiedener Reisen durch Tansania und Kenia. Er habe sich nicht auf die Suche gemacht, sondern sei den Menschen begegnet, schreibt Brockmann, der viele Jahre als Afrikakorrespondent arbeitete und auch als Entwicklungshelfer in Tansania war. Zu sehen sind die Fotografierten dort, wo sie leben und arbeiten: in ihren Wohnungen, Werkstätten, auf dem Acker oder im Fischerboot. Die Bilder sind sorgfältig komponiert, die Kamera bewegt sich respektvoll auf Augenhöhe.

Neben den Bildern stehen kurze Protokolle, in denen die Porträtierten aus ihrem Leben erzählen: von ihrer Arbeit, wie sie davon mal besser, mal

schlechter über die Runden kommen, vom Ärger mit dem betrunkenen Ehemann, den Plänen für die Zukunft oder einfach nur, welchem Fußballclub sie zuzubeln. Die in Englisch und Deutsch übersetzten Texte geben Einblick in ganz unterschiedliche Lebensentwürfe und lassen die Individuen hinter den Bildern hervortreten. Warum gerade das Gewöhnliche an Brockmanns Zugang so ungewöhnlich ist und wie sich unser Bild von Afrika kulturhistorisch entwickelt hat, erklärt Alexis Malefakis, Kurator am Völkerkundemuseum der Universität Zürich, in einem kurzen kommentierenden Essay.

Lesenswert machen das Buch die ganz unterschiedlichen Protagonisten: Brockmann hat nicht nur Kleinbauern oder Straßenhändler getroffen, sondern auch einen Sargmacher, einen Bienenzüchter, eine Barbesitzerin, einen Musiker oder auch einen Dorffkinobetreiber, der auf dem Fernseher in seiner Wohnstube DVDs vorführt. Einen blinden Fleck gibt es aber: Die porträtierten Menschen leben meist in ländlichen Regionen. Die aufstrebende Mittelschicht in Nairobi oder Arusha, die jungen Unternehmer, politischen Aktivisten oder Wissenschaftler kommen nicht zu Wort. Zu den „echten“ Menschen in Ostafrika gehören sie aber ganz sicher dazu.

Sebastian Drescher

KURZREZENSIONEN

Das Los von Christen in Kuba

Die offene Konfrontation zwischen der katholischen Kirche in Venezue-

la und Nicaragua und den autokratischen Regierungen unter Nicolás Maduro und Daniel Ortega fand 2018 großes Interesse in den Medien. Sehr viel weniger Aufmerksam-

keit gab und gibt es für die Lage der Christen in Kuba. Nach dem euphorisch gefeierten Besuch von Papst Franziskus im September 2015 auf der Karibikinsel wurde es erstaun-

lich schnell wieder still um die Frage nach mehr Spielräumen für Religions- und Meinungsfreiheit. Der Missio-Adveniat-Länderbericht versucht, diese Lücke zu schließen. Sei-

Anzeige

Neues aus unserem Afrika-Programm



Jan-Philipp Scholz
Menschenhandel, Migrationsbusiness und moderne Sklaverei
 Menschen gefangen zwischen afrikanischen Herkunftsländern und europäischen Staaten
 188 S., Pb. Großoktav mit Vierfarbteil, € 19,90
 ISBN 978-3-95558-251-7

Das wahre Migrationsdrama findet innerhalb Afrikas statt – weit weg von den Augen der Weltöffentlichkeit und den Einsatzgebieten staatlicher oder ehrenamtlicher Seenotretter. Scholz gebigt sich auf die Spuren dieser Migranten, lange bevor sie in die Nähe europäischer Grenzen kommen.



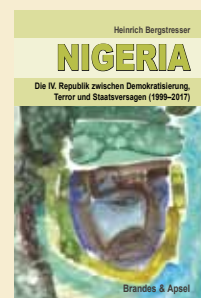
Rita Schäfer
Migration und Neuanfang in Südafrika
 Geschichte und Gegenwart von Einwanderung, Asyl und Wanderarbeit
 240 S., Pb. Großoktav, € 24,90
 ISBN 978-3-95558-250-0

Südafrika ist das wichtigste Einwanderungsland in Afrika. Migration ist ein Schlüssel zum Verständnis Südafrikas. Wie die viel beschworene Regenbogennation die Integration handhabt, ist Thema dieses Buches.



Heinrich Bergstresser
Ghana
 Die IV. Republik zwischen Vorbild und Mythos (1993–2018)
 256 S., Pb. Großoktav, € 24,90
 ISBN 978-3-95558-252-4

Bergstresser schaut auf und hinter das demokratische System der IV. Republik, zeigt seine Stärken und Schwächen auf und arbeitet das politökonomische Innenleben Ghanas und sein Verhältnis zur internationalen Gemeinschaft heraus.



Heinrich Bergstresser
Nigeria
 Die IV. Republik zwischen Demokratisierung, Terror und Staatsversagen (1999–2017)
 260 S., Pb. Großoktav, € 24,90
 ISBN 978-3-95558-199-2

»Diese Veröffentlichung eignet sich für alle, die sich für die neueste Entwicklung von Nigeria interessieren und sich vertiefend mit ihr auseinandersetzen wollen.« (Theresa Endres für africa-live.de)

ne Autoren zeichnen ein unaufgeregtes, nüchternes, in weiten Teilen auch ernüchterndes Bild der kubanischen Kirche. Sie ringt unter prekären Bedingungen um Freiräume für politische und kulturelle Meinungsäußerung und Teilhabe an der Gesellschaft. Der Preis für kleine Freiheiten ist vielfach der Verzicht auf offene Dissidenz und öffentliche Kontroversen, obwohl die Menschenrechtslage im Land mehr als genug Anlässe dafür liefern würde. Am interessantesten ist der Ku-

ba-Länderbericht dort, wo er Einblicke in die pastorale Praxis gibt und zeigt, wie die Kirche mit diakonischem Engagement neue Chancen öffnet und Menschen erreicht. So knüpft die katholische Kirche auf der Karibikinsel mit Hausgemeinden, die von engagierten Laien – überwiegend Frauen – in deren Privatwohnungen unterhalten werden, erfolgreich an die lebendige Tradition der christlichen Basisgemeinden in Lateinamerika an. Die Autoren äußern sich nicht

dazu, wie sich die Spielräume kirchlichen Lebens und die Achtung von Menschen- und Freiheitsrechten unter dem neuen Staatspräsidenten Miguel Díaz-Canel Bermúdez entwickeln könnten. Aber sie machen klar, wie eng die Grenzen im Augenblick sind. **Jürgen Schübelin**

Martin Hagenmaier und Michael Huhn
Religionsfreiheit: Kuba
Länderberichte Religionsfreiheit Heft 40; missio und Adveniat, Aachen/Essen 2018, 36 Seiten

KULTURTIPP

Perspektiven des Altwerdens

Die Menschen werden immer älter: Nicht nur in den Industrieländern, auch im globalen Süden steigt die durchschnittliche Lebenserwartung seit vielen Jahren. Die von Alice Pawlik kuratierte Ausstellung im Frankfurter Weltkulturenmuseum nähert sich aus kulturwissenschaftlicher, künstlerischer und individueller Perspektive unterschiedlichen Ideen und Lebensentwürfen des Alterns.

Zwar altern alle Menschen biologisch ähnlich: Ihre Haare ergrauen oder fallen aus, die Knochen werden brüchig, das Sehvermögen nimmt ab. Doch wie Menschen diese Prozesse wahrnehmen

und damit umgehen, unterscheidet sich von Generation zu Generation ebenso wie zwischen verschiedenen Kulturen. Eine allgemeingültige Definition dieser Lebensphase, so der Tenor der Ausstellung, gibt es nicht.

Gezeigt werden Fotografien, Filme, Zeichnungen sowie Raum- und Multimediale Installationen internationaler Wissenschaftler und Künstler, unter anderem aus Nigeria, Syrien, Israel und der Schweiz. Die Exponate thematisieren Liebe und Sexualität im Alter ebenso wie die Weitergabe von Wissen älterer Menschen an jüngere Generationen oder den Umgang mit Ge-

sundheit, Krankheit und Tod. Auf einem der Fotos sitzt beispielsweise ein nackter älterer Mann auf einem Holzschmel und starrt einen menschlichen Schädel an, den er in den Händen hält.

Außerdem zu sehen sind 165 Videos und Fotos, die Menschen aus der ganzen Welt dem Museum geschickt haben. Sie wurden unter den rund 350 Einsendungen ausgewählt, die das Museum nach einem Aufruf über soziale Netzwerke zum Thema Altern bekam. Ebenso zu sehen sind Fotografien und Objekte aus der Afrika-, Amerika-, Südostasien- und Ozeanien-Sammlung des Weltkulturenmuseums. Schließlich wird die Ausstellung von einer Reihe von Vorträgen, Workshops und thematischen Führungen – auch einer Seniorenführung – begleitet. Trotz aller kulturellen und individuellen Unterschiede gibt es beim Altern Begleiterscheinungen, die wahrscheinlich in keiner Kultur als erstrebenswert gelten. Zu ihnen zählt die Vergesslichkeit. Auch hier schafft das Museum Abhilfe: An eigenen aufgestellten Spielkonsolen können die Besucher ihre Gehirnfunktion trainieren.

Frankfurt am Main
bis 1. September 2019
Grey is the new pink – Momentaufnahmen des Alterns
Weltkulturenmuseum
Telefon: +49-69-21 231 510
www.weltkulturenmuseum.de



Dieses Bild eines unbekanntes Fotografen zeigt eine ältere Bolivianerin im Jahr 1969.

SAMMLUNG WELTKULTUREN MUSEUM

Impressum

Redaktion:

Bernd Ludermann (bl, verantw.), Tillmann Elliesen (ell), Barbara Erbe (erb), Moritz Elliesen (me, Volontär), Sebastian Drescher (sdr, online)

Emil-von-Behring-Straße 3,
60439 Frankfurt/M.;
Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt/M.
Telefon: 069-580 98 138;
E-Mail: redaktion@welt-sichten.org

Ständig Mitarbeitende:

Katja Dorothea Buck (kb), Tübingen;
Ralf Leonhard (rld), Wien;
Claudia Mende (cm), München; Philipp Saure (ps), Brüssel; Christina Stucky (cst), Bern; Marina Zapf (maz), Berlin

Ansprechpartner in Österreich:

Gottfried Mernyi, Kindernothilfe Österreich, 1010 Wien, Dorotheergasse 18

Herausgeber: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (VFEP), Klaus Seitz (Vorsitzender), Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Mitglieder im VFEP: Brot für alle (Bern), Brot für die Welt (Berlin), Christoffel-Blindenmission (Bensheim), Fastenopfer (Luzern), Kindernothilfe (Duisburg), Misereor (Aachen)

Die Rubrik „Global-lokal“ erscheint in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global gGmbH.

Anzeigenleitung: Yvonne Christoph, m-public Medien Services GmbH, Zimmerstraße 90, 10117 Berlin, Tel.: 030-325321-433, www.m-public.de

Grafische Gestaltung:

Angelika Fritsch, Matthias Koch



Gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit dem blauen Engel.



Druck: Strube Druck&Medien OHG, Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlegerischer Dienstleister: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH, Frankfurt/M.

Preis der Einzel-Nr.: 6,50 Euro / 8,90 sFr zuzügl. Versandkosten
Preis im Jahresabonnement: 53,40 Euro, ermäßigt 40,05 Euro. Preisänderungen vorbehalten.

Den Einzelverkauf im Bahnhofsbuchhandel betreut stella Distribution GmbH, Hamburg

ISSN 1865-7966 „welt-sichten“

Verschenken Sie **welt-sichten**. Es lohnt sich!



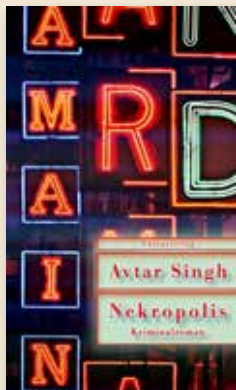
- sachlich
- kritisch
- gründlich

Sie schenken Denkanstöße:

welt-sichten analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bietet Reportagen, Interviews und Berichte über die Länder des Südens und globale Fragen. Neunmal jährlich direkt ins Haus.

Unser Dankeschön:

Sie machen mit einem **welt-sichten**-Abonnement jemandem eine Freude – wir bedanken uns dafür mit dem indischen Krimi „Nekropolis“, in dem das Ermittlerteam mit rätselhaften Todesfällen zu tun bekommt und auf archaische Kulte stößt. Oder wir schenken Ihnen den **welt-sichten**-Thermobecher, in dem Sie heiße oder kalte Getränke auslaufsicher auf Reisen mitnehmen können. Sie haben die Wahl!



Avtar Singh
Nekropolis
Unionsverlag 2018
272 Seiten



Thermobecher mit
welt-sichten-Logo
silber/schwarz
0,4 Liter, 250 Gramm

Im nächsten Heft

PHARMAFIRMEN UND ARZNEI

Im Ernstfall entscheidet der Zugang zu Medikamenten über Leben und Tod. Können Kolumbien und Mexiko mit Hilfe von Zwangslizenzen preiswerter an wichtige Wirkstoffe unter Patentschutz kommen? Welchen Einfluss nehmen private Investoren auf den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria? Und können Entwicklungsländer vom wachsenden Markt für medizinisches Cannabis profitieren?

ECUADOR

In Quito haben Unternehmer, Umweltschützer und die Stadt gemeinsam die Wasserversorgung verbessert und einen Teil der Einnahmen in den Naturschutz geleitet. Kann das Modell in anderen Ländern funktionieren?

Ihre Bestellmöglichkeiten:

Telefon: 069/58098-138
Fax: 069/58098-162
E-Mail: redaktion@welt-sichten.org
Post: Einfach den Coupon ausfüllen und abschicken an:
Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt/Main

Ja, ich verschenke ein Jahresabonnement von **welt-sichten** (neun Ausgaben). Es beginnt mit

Ausgabe 6-2019 Ausgabe 7/8-2019 Ausgabe ____-2019

Bitte schicken Sie die Zeitschrift an:

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

Ich bezahle das Geschenkabonnement.

Es kostet 53,40 Euro inklusive Porto in Deutschland, 67,80 Euro in Europa. Das Geschenkabonnement läuft ein Jahr und verlängert sich nicht automatisch. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht finden Sie in der Auftragsbestätigung und unter www.welt-sichten.org/widerrufsbelehrung.

Als Dankeschön erhalte ich, sobald das Abonnement bezahlt ist:

- „Nekropolis“ von Avtar Singh
 welt-sichten-Thermobecher

An diese Adresse erhalte ich meine Prämie und die Rechnung:

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

DATUM, UNTERSCHRIFT

Informationen zum Datenschutz: Verantwortliche Stelle ist der Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V., Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt/M., E-Mail: redaktion@welt-sichten.org, Telefon: +49 69 58098-138. Ihre Daten werden vom weisungsgebundenen Auftragsverarbeiter Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik (GEP gGmbH), Frankfurt/M., verarbeitet. Ihre Daten werden nur für die Zwecke Ihrer Bestellung und der Kundenbindung verwendet. Es besteht keine Absicht, Ihre personenbezogenen Daten an einen Empfänger in einem Drittland zu übermitteln. Aufbewahrungsfristen (Löschfristen) richten sich nach gesetzlichen Vorschriften. Ihnen steht ein jederzeitiges Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten und auf Löschung Ihrer Daten sowie auf Einschränkung der Verarbeitung nach den Vorschriften der DS-GVO zu. Sie haben das Recht, formlos jederzeit der Verarbeitung mit Wirkung für die Zukunft zu widersprechen. Sie haben das Recht der Beschwerde gegen die Datenverarbeitung bei der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde: Der Hessische Datenschutzbeauftragte, Wiesbaden.





MEIN START-UP
BIETET KEINE
SATTEN GEWINNE,
ABER SATTE
MENSCHEN.

Die Welt ist voller
guter Ideen.
Lass sie wachsen.

MISEREOR
IHR HILFSWERK



Landwirtin Aminata Compaoré verbessert mit guten Ideen und viel Tatkraft den Anbau von Zwiebeln und anderen Gemüsesorten in einem Dorf in Burkina Faso. Jede Spende hilft Menschen wie Aminata, sich selbst zu helfen. Ihre Geschichte unter: www.misereor.de/ideen